

Georg J. E. Mautner Markhof

Die Problematik der Demokratie

Vortrag gehalten am 2. März 1967 vor dem Verband
österreichischer Wirtschaftsakademiker; in gleicher
Fassung ausgearbeitet für die österreichische Mensa



DIE PROBLEMATIK DER DEMOKRATIE

GUARDA-INFORMATION NR. 11



Georg J. E. Mautner Markhof

Die Problematik der Demokratie

**Vortrag gehalten am 2. März 1967 vor dem Verband
österreichischer Wirtschaftsakademiker; in gleicher
Fassung ausgearbeitet für die österreichische Mensa**



GUARDAVAL

**VEREINIGUNG ZUR HERAUSGABE VON ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN
GESELLSCHAFT M. B. H.**

WIEN 1967

ALLE RECHTE UND NEBENRECHTE SOWIE
ALLE RECHTE DER ÜBERSETZUNG UND DES
AUSZUGSWEISEN NACHDRUCKS:

© VERLAG GUARDAVAL

Vereinigung zur Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften
Gesellschaft m. b. H.

Gestaltung und für den Inhalt verantwortlich: Ernst A. Swietly
beide: Wien I, Bösendorferstraße 9

Druck: Typographische Anstalt, Wien VII, Halbgasse 9

Georg J. E. Mautner Markhof

ist Industrieller und Publizist. Diese Kombination ist ungewöhnlich. Wohl ergeht an den selbständigen Unternehmer immer wieder die Aufforderung, sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen, doch denkt man dabei meist an die Politik und nahezu gar nicht an die Journalistik. Der Politiker hat es auch leichter: Er kann sich notfalls hinter seiner Partei „verschanzen“; der Publizist dagegen muß für seine Worte persönlich einstehen. Gerade diese Bereitschaft hat der Autor immer wieder unter Beweis gestellt. Niemals hat es Mautner Markhof abgelehnt, mit „Andersdenkenden“ zu diskutieren (selbst in der Öffentlichkeit, wie etwa mit dem seinerzeitigen Chef der Sozialistischen Partei, Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann). So ist es auch verständlich, daß DR. VOLKMAR MUTHESIUS, einer der angesehensten deutschen Publizisten, in seiner Zeitschrift „Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik“ (8. Jahrgang, Nr. 4, April 1962) Mautner Markhofs journalistisches Wirken mit folgenden Worten charakterisierte:

„Georg J. E. Mautner Markhof ... hat sich weit vorgewagt. Er riskierte sozusagen Kopf und Kragen und spricht mit einer Offenheit, ... mit einem Freimut, der beifallswürdig ist. Solche Töne hat man seit langem nicht gehört und man kann nur wünschen, daß das Beispiel Schule macht.“

Mautner Markhofs Artikel und Vorträge sind eine Synthese zweier Extreme: Mit scharfem, kühlem Intellekt seziiert er die Probleme, als

ginge es um die Beweise eines mathematischen Lehrsatzes. Mit einer verblüffenden Strategie setzt er sich mit Vorurteilen auseinander. Dann wieder wird er plötzlich zum leidenschaftlichen Kämpfer, der mit seiner Schlagfertigkeit schon manchen Diskussionsgegner in die Defensive gedrängt hat — und es ist immer wieder erstaunlich, zu beobachten, wie es ihm gelingt, auch die Sympathie der „Andersdenkenden“ zu gewinnen. Er veranlaßt den Zuhörer über Situationen, die ihm zur Gewohnheit geworden sind, nachzudenken. In diesem „Zwang zum Nachdenken“ liegt seine persönliche Note, die in allen seinen Artikeln und Vorträgen zum Ausdruck kommt. Es verwundert daher nicht, daß Mautner Markhof der erste österreichische Unternehmer war, der vom Gewerkschaftsbund die Einladung erhielt, vor den Journalisten und Redakteuren der Gewerkschaftspresse zu sprechen. Ebenso einmalig dürfte die Aufforderung der Schweizerischen Politischen Korrespondenz gewesen sein, Mautner Markhof einzuladen, vor den Redakteuren der Schweizer Presse einen Vortrag in Bern zu halten. Das Thema: „Die Schweiz vom Ausland gesehen“ — eine seltene Auszeichnung und Geste gegenüber einem ausländischen Publizisten.

Mautner Markhof ist eigenwillig und unbequem. Unbequem nicht nur gegenüber dem Leser, sondern auch gegen sich selbst. Man hat manchmal den Eindruck, daß er nicht nur die Ideale der anderen zerstört, sondern daß er — in logischer und unerbittlicher Konsequenz — auch gegen seine eigenen ankämpfen muß. Vielleicht liegt gerade darin die Faszination, die von seinen Vorträgen und Artikeln ausgeht, weil man spürt, daß es der Autor ernst meint.

In Mautner Markhofs publizistischen Arbeiten findet man etwas, das einen seltsam berührt — seltsam deswegen, weil es dem eigentlichen Wesen der Journalistik widerspricht. Er versucht *nicht* — so scheint es wenigstens — seine Leser und Zuhörer zu überzeugen; er will ihnen nichts einreden und er will schon gar nicht überreden. Als er einmal während eines Vortrages durch den Zwischenruf „damit können Sie aber niemanden überzeugen“ unterbrochen wurde, antwortete er prompt: „Ich will Sie gar nicht überzeugen, es genügt mir, wenn Sie darüber nachdenken.“

Ernst A. Swietly

*Guardaval, Vereinigung zur Herausgabe von
Zeitungen und Zeitschriften Gesellschaft m. b. H.*

Sind Kühe Insekten?

Man hat uns in der Schule beigebracht, daß alle Tiere — mit Ausnahme der Insekten und Affen — farbenblind sind. Ich kenne keinen Naturgeschichtsprofessor, der Kühe in die Gruppe der Affen oder Insekten eingereiht hätte. Dennoch glauben die meisten von uns, man könne einen Stier mit einem roten Tuch reizen.

Wir alle bewundern den herrlichen Satz aus „Don Carlos“: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit.“ Der Satz klingt gut. Leider ist er im ganzen „Don Carlos“ nicht zu finden — richtig heißt er nämlich: „Geben Sie Gedankenfreiheit.“

Am 31. Oktober 1517 soll Martin Luther seine berühmten 95 Thesen an der Schloßkirche zu Wittenberg angeschlagen haben. Wir wissen heute, daß Martin Luther weder am 31. Oktober 1517 noch an einem anderen Tag, weder an die Schloßkirche zu Wittenberg noch an irgendeine andere Kirche seine 95 Thesen angeschlagen hat.

Man könnte Bibliotheken mit ähnlichen Beispielen füllen. Was sagen sie uns? Sie sagen uns vorerst nicht viel — außer, daß sich Menschen eben irren können. Bedenklich wird es dagegen, wenn viele von uns aus Bequemlichkeit und aufgrund zahlreicher Vorurteile zu falschen Vorstellungen gelangen. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zum Irrtum.

Die genannten Beispiele sind harmlos und ungefährlich. Weniger harmlos wird es, wenn es um Fragen unseres Lebens geht; wenn etwa Staat oder Parteisekretariate „Wahrheiten“ erklären, die wir nur deshalb akzeptieren, weil wir zu faul geworden sind, ihre Richtigkeit zu überprüfen. Wir sind nicht dumm, wir haben nur verlernt zu denken.

Der Mensch ist seiner Natur nach auch nicht faul — er wurde es erst durch das Leben, das er sich selbst schaffen konnte. Das Ergebnis ist eine gedankenlose, bequeme Masse, für die es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich ein „Volksführer“ ihrer bemächtigt.

Diktatoren sind nicht nur Menschen wie Hitler und Stalin. Wir finden sie in Parteisekretariaten und Organisationen — ja selbst in harmlosen Vereinen. Es sind manchmal Diktatoren, die nicht einmal kämpfen müssen, weil es niemanden zu bekämpfen gibt. Die Masse wehrt sich nicht, sie akzeptiert.

Wir haben verlernt, wie unsere Kinder zu sein, die noch die Kraft, den Mut und den Willen haben, zu fragen, nachzudenken und zu widersprechen; die alles wissen wollen und uns mit ihren Fragen zur Verzweiflung bringen. Eines Tages geben wir unseren Kindern keine Antwort mehr, weil es uns zu mühsam geworden ist. Falls unser Kind nicht eine ungewöhnliche Persönlichkeit ist, dann haben wir es von diesem Moment an der gedankenlosen Masse geopfert.

Wenn wir heute einige „Volksverführer“ als Teufel bezeichnen, so handeln wir einseitig. Nicht nur der „Führer“ ist schuld, sondern auch der Verführte. Betrachten wir nur unsere jüngste Geschichte und wir werden kaum bezweifeln können, daß die Schuld des Verführten der des Verführers ebenbürtig ist.

Lernen wir aus der unbequemen Fragerei unserer Kinder — auch wenn es um die Probleme der Demokratie geht!

Was ist Demokratie?

Es ist modern, Demokrat zu sein. Aber kaum einer von uns besitzt eine klare Meinung über das „Wie“ der Demokratie. Dieser Begriff ist — zum zeitgemäßen Schlagwort geworden — von Klischees, Tabus, Vorurteilen und idealistischen Träumen eingesponnen.

Man sagt: Wir haben zu wählen zwischen Demokratie und Diktatur. Aber wer sagt uns, wo die Grenze liegt?

Man sagt: Demokratie ist gut, Diktatur ist böse. Diese nachweisbar falsche Behauptung verdankt ihre Entstehung wohl der Wunschvorstellung, daß eine „Volks Herrschaft“ human, sozial und eines Verbrechens unfähig sei, während bei einem Diktator Blut und Tränen fließen müßten. Glauben Sie mir: Im Namen des Volkes ist ebensoviel Blut geflossen wie im Namen der Diktatoren.

Sie werden jetzt vielleicht sagen: „Aha, da spricht einer für die Diktatur.“ Sie irren. Würde ich es, dann müßte ich zu den gleichen Klischeevorstellungen greifen — nur mit umgekehrten Vorzeichen. Ich spreche auch nicht für die Demokratie.

Fragen Sie hundert Menschen, was sie unter Demokratie verstehen. Sie werden vermutlich hundert verschiedene Antworten erhalten, mit Begriffen wie „Freiheit“, „Rechtsstaat“ oder „Gewaltentrennung“. Nur wenige werden Ihnen die einzig richtige Antwort geben: Demokratie — das heißt: Herrschaft durch das Volk.

Es gab eine Zeit, da waren Demokratie und Monarchie Gegenpole. Heute wissen wir, daß sich diese beiden Staatsformen nicht widersprechen müssen. Es gibt demokratische Monarchien, wie England oder

Schweden. Ich behaupte — und hoffe, dies durch meine Ausführungen beweisen zu können —, daß auch Diktatur und Demokratie dem Grunde nach keine Gegensätze sein müssen.

Organisierte Meinungsmacher verwirren unser Denken: Dollfuß war ein Diktator, weil er die demokratische Linke ausschaltete; jene Gruppe also, die sich noch kurz zuvor zur „Diktatur des Proletariats“ bekannt hatte. Kennedy war ein Demokrat, obwohl er die demokratischen Rechte der Bundesstaaten ohne Skrupel majorisierte. Die Rhodesier sind rebellische Diktatoren, der Kongo gilt de jure als Demokratie.

Nur wenige von uns sind willens, über derart fundamentale Probleme nachzudenken. Wir sind faul und bequem. Es ist angenehmer, eine Meinung „von oben“ serviert zu bekommen als diese in mühsamer Arbeit selbst zu erringen.

Stellen wir uns einige Fragen:

Ist der Kommunismus demokratisch oder nicht?

Ist es diktatorisch oder demokratisch, einen Hotelbesitzer zu zwingen, Gäste, die ihm nicht genehm sind, aufzunehmen?

Was sind de Gaulle, die UNO, der Präsident der Vereinigten Staaten oder Wilson?

War Hindenburg ein Demokrat? Waren die Männer, die Hitler, dem Chef der stärksten Partei Deutschlands, das „Ermächtigungsgesetz“ zuspielten, Demokraten oder nicht?

Und nun eine Gewissensfrage an jene, die meinen, Demokratie sei grundsätzlich gut und böser Taten nicht fähig: Angenommen, Hitler hätte durch eine absolut korrekte und einwandfreie Volksabstimmung die Verfassung seinen Wünschen entsprechend ändern lassen. Angenommen, die Majorität des Volkes hätte in freier, geheimer und korrekter Wahl seine Machinationen gebilligt. Dann wäre die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus zwar demokratisch, aber um kein Jota besser gewesen. Oder können Sie sich dieser Meinung nicht anschließen?

Das Beispiel ist Theorie. Hitlers Taten wurden durch keine Volksabstimmung sanktioniert. Seine sogenannten „Volksbefragungen“ waren nichts anderes als eine Farce. Das heißt aber noch lange nicht, daß so etwas nicht hätte passieren können oder eines Tages passieren

wird. Ich gehe noch weiter und behaupte: Der Volkswille kann die Brutalität der grausamsten Diktatoren erreichen. Denken Sie an die Verfolgung der armenischen Minderheit in der Türkei. Denken Sie an Zypern. Denken Sie an die Französische Revolution, die trotz ihres Terrors als Wiege der modernen Demokratie gilt. Wir wissen es nicht — aber wir dürfen es wohl vermuten —, daß die bolschewistische Revolution zu ihrer Zeit von der überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes getragen wurde und folglich Anspruch erheben könnte, als Geburt einer Demokratie bezeichnet zu werden.

Sie können einwenden: „Demokratie heißt nicht nur Volksherrschaft. Es gehört mehr dazu: ein Rechtsstaat etwa, die Trennung der Gewalten, Gesetze und dann: eine Verfassung, die jeden schützt.“

Ich gehe auf diesen Einwand ein: Betrachten wir Österreich: Wir bezeichnen uns als Demokratie und Rechtsstaat. Wir haben die Gewaltenteilung. Wir haben Gesetze und unabhängige Richter. Die Minderheiten — bis zum letzten Staatsbürger — werden durch eine Verfassung vor der Exekutive und Legislative geschützt. Großartig! Geradezu eine Muster-Demokratie!

Jedoch: Unsere Verfassung, die ausdrücklich erklärt, daß der „Wille vom Volk“ ausgehe, wurde nie vom Volk gebilligt. Man hat sie geändert und zurechtgebogen, das Volk aber nie gefragt. Das ist merkwürdig. Die Verfassung soll doch Staatsbürger schützen. Sie soll verhindern, daß der Gesetzgeber Bestimmungen erläßt, die unsere verfassungsmäßigen Rechte beschränken. Aber — und nun wird es paradox — jene Körperschaft, die durch die Verfassung Schranken erhält, das Parlament, hat die Möglichkeit (und gebraucht sie auch), diese Schranken zu beseitigen. So kann es geschehen — und es geschieht —, daß ein Gesetz, das als verfassungswidrig aufgehoben wurde, einfach zum Verfassungsgesetz erhoben wird.

Das heißt: Die Verfassung bietet uns keinen Schutz vor Willkür — sie erschwert diese nur. Es ist problematisch, einen Staat als Demokratie zu bezeichnen, in dem der vorgesehene Herrscher — also das Volk — hinnehmen muß, daß die Verfassung, die zu seinem Schutz errichtet wurde, gleichsam hinter seinem Rücken zurechtgebogen wird. Aber selbst wenn der Gesetzgeber ohne Rückfrage beim Volk die Verfassung nicht ändern könnte, bezweifle ich, ob unser Land seiner Konstruktion

nach Anspruch erheben könnte, als eine moderne Demokratie zu gelten. Unsere Verfassung bietet nämlich nicht einmal den elementarsten Schutz: Sie ermöglicht es dem Parlament, rückwirkende Gesetze zu erlassen — und unsere Abgeordneten scheuen sich nicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen. *Ich behaupte, daß rückwirkende Gesetze für den Staatsbürger nahezu die gleiche Unsicherheit bedeuten können wie die Willkür der Diktatoren.*

Noch einmal: Demokratie ist weder gut noch böse, weder sozial noch unsozial, weder human noch inhuman. Sie unterscheidet sich von der Diktatur (die ebenfalls an sich weder gut noch schlecht ist) allerdings durch einen wesentlichen Umstand: die Herrschaft des Volkes kann Spielregeln unterworfen werden.

Anders ausgedrückt: Wir haben zwar keine Garantie, daß das Volk besser regiert als der Diktator. Aber wir können durch eine vernünftige Verfassung und durch kluge Gesetze verhindern, daß der Volkswille „entgleist“. Allzu sicher ist diese Garantie freilich nicht — wie uns die Geschichte schmerzlich gelehrt hat —, aber sie ist jedenfalls höher als jene, die uns ein Diktator bieten kann.

Die „Spielregeln“

Entscheidend ist also nicht die Demokratie an sich, entscheidend ist, wie wir sie handhaben und welche Spielregeln wir als verbindlich erklären.

Wert und Unwert einer Volksherrschaft liegt nicht in der Tatsache, daß das Volk herrscht, sondern *wie* es herrscht.

An diesem „Wie“ ist mancher Idealismus zerbrochen. Die einen wollen beispielsweise einen „starken Mann“ an der Spitze, der aber nur dann stark sein kann, wenn er nicht jeder Entscheidung wegen beim Volk oder seinen Vertretern rückfragen muß. Andere wieder fürchten den „starken Mann“ und nehmen die Nachteile eines äußerst schwerfälligen und komplizierten Systems auf sich, um die Repräsentanten des Staates in Schach zu halten. Beide Wünsche widersprechen einander.

Nun gut, könnte man sagen, man entscheidet sich für das eine oder für das andere. Das sei eine Frage der Majorität, aber kein Kardinalproblem.

Leider ist es eines! Die Frage „Diktatur oder Demokratie?“ hat die Menschheit weniger entzweit als ein gemeinsames Bekenntnis zur Demokratie, wenn man sich nicht gleichzeitig über das „Wie“ einigen konnte. Das heißt: Unter Demokraten (oder solchen, die sich dafür halten) gibt es ernstere Auseinandersetzungen als zwischen den Gegenpolen Diktatur und Demokratie.

Mit dem „Wie“ allein — also mit der „Spielregel“ — ist es freilich auch nicht getan. Wir müssen nämlich in der Lage sein, diesen Regeln entsprechend zu handeln. Ich sage ausdrücklich „in der Lage sein“; setze also den guten Willen voraus.

Die öffentliche Meinung

Die „öffentliche Meinung“ ist eine ungeheure Macht. Sie ist so entscheidend, daß sich heute nicht einmal mehr ein Diktator über sie hinwegsetzen kann. Allerdings: in einer funktionierenden Demokratie kommt die „öffentliche Meinung“ aus dem Volk; in der Diktatur wird sie vom Staat gemacht und gelenkt.

Dieser Unterschied ist aber meist nur theoretischer Natur. Denn: Die „öffentliche Meinung“ so mancher Demokratie kommt nicht aus dem Volk, sondern aus den Parteisekretariaten. Rundfunk und Fernsehen sind — außerhalb der USA — in der Regel in der Hand des Staates (und damit im Besitz einer oder mehrerer Parteien). Nur wenige Zeitungen sind wirklich parteiunabhängig (denken Sie nur an Österreich); die meisten gehören entweder Parteien oder Interessengruppen. Die wenigen wirklich unabhängigen Presseorgane von Bedeutung müssen — um die notwendige finanzielle Unabhängigkeit zu wahren — dem „Volksgeschmack“ genügen, das heißt, in gebührendem Ausmaß über Morde, Kinderschändungen, Dolce-Vita-Parties und Unfälle berichten. Nur dann ist die Auflage gesichert. Ob derartige Zeitungen in der Lage sind, in entscheidenden Angelegenheiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet der „öffentlichen Meinung“ zum Durchbruch zu verhelfen, wage ich zu bezweifeln.

Selbst die in unserem Land durchgeführte Aktion für das „Rundfunk- und Fernseh-Volksbegehren“ wird letzten Endes — so glaube ich — einen mehr optischen Erfolg bringen.

Noch gefährlicher als die Herrschaft der Parteien ist die offensichtliche Tatsache, daß wir uns an die Allmacht des Staates gewöhnt haben und es die meisten von uns als utopisch bezeichnen würden, etwa Fernsehen und Rundfunk zu privatisieren (obwohl dies die einzige Möglichkeit wäre, die dort herrschende Misere zu beseitigen). Glauben Sie mir, es ist für unsere Freiheit besser, eine private Fernsehstation sendet während einer Mozartoper eine Werbeeinschaltung für Hundekuchen als ein Staats- und Parteienmonopol beherrscht unsere Massenmedien.

Annäherung zwischen Diktatur und Demokratie

Es wäre demagogisch, wollte ich nun die Schlußfolgerung ziehen, zwischen der modernen Spielform der Demokratie und den uns bekannten Diktaturen bestünde kein oder fast kein Unterschied mehr — aber es wäre andererseits unrealistisch, würde man die geradezu unheimliche Annäherung der „Gegenpole“ leugnen.

Von den einstigen Idealen, die unsere Vorkämpfer für Demokratie, Recht und Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten, ist nicht allzuviel übrig geblieben. Viele der seinerzeit erkämpften „unantastbaren Rechte“ sind längst verschwunden. Manche Demokratien erlauben sich heute Eingriffe in die Privatsphäre ihrer Bürger, die ich symbolisch mit dem *Jus primae noctis* vergleichen möchte. Andererseits sind unsere Diktatoren — von Ausnahmen abgesehen — geradezu Apostel der Freiheit geworden, wenn wir sie mit den Schreckensgestalten der Geschichte vergleichen. Und vergessen wir eines nicht: Ich habe vorhin gesagt, daß ich weder für noch gegen die Demokratie spreche. Ich möchte diese Erklärung präzisieren: Ich bin für eine Herrschaft des Volkes, falls Möglichkeit und geistige Reife dies wünschenswert erscheinen lassen. Ich bin darüber hinaus der Ansicht, daß die Form der Demokratie diesen beiden Faktoren angepaßt werden sollte. Und ich wage zu behaupten, daß sogar Diktaturen — unter bestimmten Umständen — wünschenswert sein können. Übersehen wir nicht, daß *beide* Regierungsformen die verschiedensten Spielarten zulassen. Manch einer der heute in der Öffentlichkeit geschmähten Diktatoren ist in Wirklichkeit vielleicht ein Wegbereiter der Demokratie. Manche Diktatur

hat ein Chaos verhindert — und eine halbwegs humane Diktatur ist immer noch besser als das totale Chaos. Was, glauben Sie, wäre aus Spanien geworden, wenn Franco nach dem Bürgerkrieg nicht die Herrschaft beibehalten hätte? Wo, glauben Sie, stünde heute Portugal ohne Salazar? Oder Jugoslawien ohne Tito? Glauben Sie nicht auch, daß zehntausende Menschen heute noch am Leben wären, wenn gewisse Staaten statt eines sogenannten „demokratischen Regimes“ immer noch ein Kolonialstatut besäßen?

Demokratie ist also nicht nur eine Frage der Spielregel, auf die man sich mehr oder weniger gütlich einigt. Sie ist vor allem eine Frage der Möglichkeit und der geistigen Reife.

„Möglichkeit“ und „geistige Reife“

Möglichkeit und geistige Reife sind in diesem Zusammenhang eminent wichtige Faktoren. Wir müssen die Demokratie den Gegebenheiten anpassen. Wir dürfen Mensch und Staat weder über- noch unterfordern.

Ich möchte am Beispiel Schweiz zeigen, was gemeint ist: Die Eidgenossenschaft gilt als das klassische Land der Demokratie. Hier sind nahezu alle Voraussetzungen, die ich bisher für eine gut gedeihende Demokratie genannt habe, gegeben. Die Verfassung kann nicht ohne Zustimmung des Volkes geändert werden. Die stimmberechtigten Bürger haben sogar die Möglichkeit, über den Weg der Volksinitiative direkt in die Gesetzgebung einzugreifen. Mehr noch: Nicht nur der Staatenbund, sondern auch die Kantone und Gemeinden sind der *direkten* Demokratie unterworfen. Viele Ausländer machen sich — völlig zu Unrecht — über dieses Mitspracherecht lustig. Sie reagieren mit einem mitleidigen Lächeln, wenn in der Gemeinde X abgestimmt wird, ob man eine Bedürfnisanstalt errichten oder eine Volksschule renovieren soll. Das Lächeln wird wahrscheinlich in Erstaunen übergehen, wenn sie hören, daß auch die Lehrer und Pfarrer (neben zahlreichen anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens) von der jeweiligen Gemeinde gewählt werden.

Scheinbar widerspreche ich mir jetzt. Ich habe vorher behauptet, daß Regierung, Gesetzgeber und Volk in der Demokratie überfordert werden.

Wieso also, werden Sie mich jetzt mit Recht fragen, begrüße ich nun die direkte Demokratie in der Schweiz, in der die Bevölkerung

über nahezu alle Probleme des öffentlichen Lebens zu entscheiden hat? Wieso sollten gerade die Eidgenossen nicht überfordert werden?

Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Schweiz ist eben in der glücklichen Lage, sowohl die Möglichkeiten als auch die geistige Reife für die *direkte* Demokratie zu besitzen. Die *Möglichkeit* ergibt sich durch die Kleinheit des Landes. Natürlich wirken noch andere Faktoren mit: Geschichte, Volkscharakter und dergleichen mehr. Aber 25 weitgehend selbständige Kantone auf nur 41.000 Quadratkilometern ergeben doch eine ungewöhnlich kleine Welt. In dieser kleinen Welt kann der Wähler noch die Probleme überblicken. Dazu kommt die *geistige Reife*, die der Schweizer im hohen Maße besitzt. Gerade das Beispiel Schweiz zeigt uns, daß man Demokratie nicht von heute auf morgen einführen kann, sondern daß sie sich im Laufe von Generationen entwickeln muß. Hätten die hohen Herren dieser Welt das Beispiel Schweiz (mit all seinen anfänglichen Rückschlägen und Enttäuschungen) gründlich studiert, wäre es in zahlreichen Staaten nicht zu unverantwortlichen Experimenten mit der Demokratie gekommen. Ich nenne als Beispiel nur den Kongo.

Auch die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika besitzen aufgrund ihrer Geschichte zweifellos weitgehende geistige Reife für eine Demokratie. Daß diese Staatsform in den USA dennoch nicht so gehandhabt werden kann wie in der Schweiz, liegt eben am Fehlen des zweiten Faktors: an der Möglichkeit. Wollte man nämlich das Beispiel Schweiz auf Amerika übertragen, so müßten etwa — um die gleichen Größenordnungen herzustellen — 4600 (!) weitgehend selbständige Staaten geschaffen werden; mit eigenem Parlament, eigener Regierung, eigener Polizei und sogar mit eigener Gesetzgebung. Nur diese 4600 Staaten (sie entsprächen den Schweizer Kantonen) würden den Schweizer Föderalismus und damit die Schweizer Demokratie in Amerika lebensfähig machen. Ein aufschlußreicher Vergleich, der uns deutlich zeigt, wie unrealistisch eine derartige Nachahmung wäre. Die Vereinigten Staaten könnten zudem mit einem derartigen Föderalismus unmöglich die Rolle spielen, die ihnen heute in der Welt zukommt. Ich behaupte, daß es sogar technisch unmöglich wäre, das Schweizer Beispiel nach Amerika zu verpflanzen, da beispielsweise die Stadt New York notgedrungen *ein* Kanton sein müßte. In diesem einen Kanton

würden bereits doppelt soviel Einwohner leben wie in allen 25 Kantonen der Schweiz zusammen.

Wie steht es mit diesen beiden Faktoren — „Möglichkeit“ und „geistige Reife“ — in Österreich?

Wir haben zweifellos die *Möglichkeit*, aber nicht die *geistige Reife*. Machen wir uns nicht über die Vorarlberger lustig, die uns mit ihrem Föderalismus äußerst unbequem sind. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß Vorarlberg dasjenige unserer Bundesländer ist, das am meisten etwas von lebendiger Demokratie versteht. Ich bedauere, daß man sich in Österreich bisher nicht entschließen konnte, den Föderalismus auszubauen. Unsere Bundesländer haben zwar eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament; aber wir alle wissen, daß der Bund so übermächtig ist, daß die Selbständigkeit der Bundesländer — gemessen an der Freiheit der Schweizer Kantone — fast als eine Farce erscheinen muß. Der Geist der Demokratie kann nur von unten nach oben wachsen; von der Gemeinde über das Land zum Bund. Nicht umgekehrt!

Daß uns die geistige Reife fehlt, ist offensichtlich. Lesen Sie bitte aus diesen Worten keinen Vorwurf heraus; es ist unmöglich, in wenigen Jahren den Geist der Demokratie zu erfassen. Das gilt für den Kongo genauso wie für Österreich. In den rund 50 Jahren, die unser Land seit dem Zusammenbruch der Monarchie besteht, haben wir lediglich 26 Jahre — also die Hälfte — in einer Staatsform verbringen können, die man (mit vielen Einschränkungen) als moderne Demokratie bezeichnen kann. Die Demokratie der Ersten Republik hat 14 Jahre gewährt, die der Zweiten Republik erst zwölf Jahre (wenn wir die „zweite Demokratie“ vom Ende der Besetzung an rechnen). Es wäre geradezu ein Wunder, hätten wir in diesen 26 Jahren die geistige Erfahrung sammeln können, zu der andere Völker Jahrhunderte benötigten. Der Mangel an geistiger Reife ist aber keine Entschuldigung für den fehlenden Willen, die Möglichkeiten zu nutzen. Der Weg zur Demokratie ist lang, aber einmal muß man doch beginnen, ihn zu gehen. Ich bin überzeugt, daß wir heute — wäre unser Denken föderalistischer — der Demokratie wesentlich näher stünden als wir tatsächlich stehen.

*

Erlauben Sie mir, das bisher Gesagte zusammenzufassen:

- Demokratie ist ihrem Wesen nach weder gut noch schlecht. Entscheidend ist, was wir aus ihr machen.
- Demokratie ist kein Patentrezept. Sie kann nur funktionieren, wenn die „Spielregeln“ den Möglichkeiten und der geistigen Reife entsprechen.
- Fehlt es sowohl an der geistigen Reife als auch an den Möglichkeiten, dann ist eine Diktatur oder eine diktaturähnliche Übergangslösung immer noch einer untauglichen Demokratie vorzuziehen, die — wie uns die Geschichte lehrt — zwangsläufig ein Chaos heraufbeschwört.
- Demokratien und totalitär regierte Staaten sind gleichermaßen gezwungen, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Aus dieser Tatsache resultiert die Annäherung der beiden „Gegenpole“.

Der freiwillige Verzicht

Wir können die Demokratie moderner Prägung mit dem Straßenverkehr vergleichen: Wir benötigen eine „Spielregel“ — also eine Straßenverkehrsordnung. Ohne Verkehrsregeln geht es nicht. Ebenso wenig dürfen die „Möglichkeiten“ fehlen: entsprechende Straßen, Verkehrszeichen, Ampeln, Fußgängerübergänge und was es dergleichen noch mehr gibt. Die Forderung nach geistiger Reife — nun, die können Sie ohne Schwierigkeit vom Parlament auf die Straße projizieren.

Genügt das? Wohl kaum! Würde jeder Autofahrer rücksichtslos von den ihm zustehenden Rechten Gebrauch machen — ein Chaos auf unseren Straßen wäre die unvermeidliche Folge.

Die Demokratien — sollen sie unseren Vorstellungen entsprechen — müssen auf den gleichen Voraussetzungen aufgebaut werden.

Ist der „freiwillige Verzicht“ eine Folge der geistigen Reife? Zum Teil wohl, aber nur zum Teil. Verzichten ist nicht nur eine Frage des Geistes, es ist primär eine Frage des Charakters.

Was ein Volk erreichen kann, das gelernt hat zu verzichten, zeigen uns wiederum die Schweizer. Die Eidgenossenschaft wäre nie ein dreisprachiges Land geblieben, hätte die deutschsprachige Majorität nicht von einer Majorisierung der anderssprachigen Minderheit abgesehen. Es gibt keinen Paragraphen, der die Schweizer zwingen könnte, Bundesräte (die unseren Ministern entsprechen) aus dem französisch oder italienisch sprechenden Teil des Landes zu wählen. Aber die Schweizer achten peinlich darauf, daß diese Minoritäten nicht majorisiert werden. Wie weit dieser Verzicht geht, können Sie daraus erkennen, daß vor etwa 30 Jahren eine Bevölkerung von rund 5 Millionen Menschen einer

winzigen Minorität von 40.000 Staatsbürgern das Recht auf eine weitere eigene Landessprache eingeräumt hat. Sagen Sie nicht, das kostete wenig und mache einen guten Eindruck! Der gute Eindruck ist gering — schließlich betrifft dieses Zugeständnis nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung. Es hat zudem dem Schweizer Steuerzahler Millionen gekostet. Eine vierte offizielle Landessprache — im Falle der Schweiz das Rätoromanisch — bedeutet eine ganz ungeheure verwaltungstechnische Belastung. Nicht nur die Eidgenossenschaft selbst, auch die betroffenen Gemeinden wurden durch dieses Zugeständnis finanziell und arbeitsmäßig belastet. Im Kanton Graubünden werden heute drei offizielle Sprachen gesprochen: Deutsch, Italienisch und Romanisch. Sie können sich vorstellen, was dies für die Verwaltung, die Gerichte und die Schulen bedeutet. Ganz abgesehen von den vielen Menschen des öffentlichen Lebens, für deren Wirken die Beherrschung dreier Sprachen eine selbstverständliche Voraussetzung ist.

In Italien lebten noch vor relativ kurzer Zeit 400.000 Menschen, deren Muttersprache Rätoromanisch war. Die italienisch sprechende Majorität hat diese Minderheit majorisiert und ihr nicht zugebilligt, Rätoromanisch zur zweiten Landessprache zu erheben. Wir deutschsprachigen Österreicher haben in der Vergangenheit unsere rätoromanische Minorität ebenfalls majorisiert. Wir waren nicht bereit, ihnen freiwillig Zugeständnisse à la Schweiz zu machen. Von der ehemaligen rätoromanischen Kultur in unserem Land zeugen heute lediglich einige Ortsnamen wie etwa Dalaas oder Sils.

Jeder Kanton in der Schweiz hat noch vor 30 Jahren eigene Gesetze gehabt, was zu tragikomischen Situationen führte (dann zum Beispiel, wenn ein Mörder sein Opfer über die Kantonsgrenze lockte, weil es im Nachbarkanton die Todesstrafe nicht gab). Die Schweizer Kantone waren auf die Freiheit und die Macht ihrer Gesetzgeber stolz. Dennoch haben sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß sich ein so kleiner Staat 25 verschiedene Strafgesetze einfach nicht leisten kann. Ohne eine einzige Gegenstimme billigte das Parlament ein gemeinsames Strafgesetz. Jeder einzelne Kanton hat damit freiwillig — und zweifellos nicht gerne — auf ein uraltes Recht verzichtet.

Und nun möchte ich ein Beispiel bringen, das sich 1966 in einem Basler Halbkanton zugetragen hat:

Der Regierungsrat des Kantons (der unseren Landesregierungen entspricht) kommt regelmäßig zusammen, um die Regierungsgeschäfte zu besprechen. Es gibt eine Geschäftsordnung mit der Vorschrift, Hochdeutsch zu sprechen. Keines der Mitglieder kümmerte sich um diese Geschäftsordnung. Man sprach Schwyzerdütsch, rauchte Stumpen und war selbstverständlich per „Du“. Bis eines Tages ein findiger Journalist in der Kantonsverfassung entdeckte, daß die Regierungssitzungen öffentlich seien. Daraufhin erschien er, mit Bleistift und Notizblock bewaffnet, zum Schrecken der hohen Herren bei der nächsten Sitzung. Nun mußte man sich plötzlich an die Geschäftsordnung halten, man war gezwungen, Hochdeutsch zu reden und das formelle „Sie“ zu gebrauchen. Es ist verständlich, daß die Kantonsväter bei dieser ungewohnten Prozedur aus dem Konzept kamen. Da der Journalist bei jeder Sitzung erschien, appellierten die Kantonsvertreter an die Zeitung, man möge den Journalisten von seinen störenden Besuchen abhalten. Die Zeitung schrieb zurück, sie könne doch unmöglich einem ihrer Mitarbeiter etwas verbieten, was die Verfassung ausdrücklich erlaube. Folglich störte der Journalist weiter.

Eines Tages war die Beratung des Budgets — auch in der Schweiz ein heikler Punkt — auf der Tagesordnung. Die Kantonsväter waren verzweifelt. Ein derartig kompliziertes Thema konnte man unmöglich mit Geschäftsordnung auf Hochdeutsch und per „Sie“ bewältigen. Sie schrieben dem Journalisten einen höflichen Brief und baten ihn, wenigstens dieser einen Sitzung fernzubleiben.

Der Journalist war ein echter Demokrat, der nicht nur seine Rechte kannte, sondern auch wußte, daß der Geist der Demokratie gelegentlich auch den Verzicht auf eingeräumte Rechte bedeutet. Er kam nicht — und das Budget ging reibungslos über die Bühne.

*

Ich habe kürzlich in einer Fernsehsendung gehört, wie der Klubobmann der ÖVP seinem sozialistischen Kollegen versicherte, daß es doch selbstverständlich sei, wenn die ÖVP parlamentarisch von allen

Rechten, die ihr die Geschäftsordnung einräume, Gebrauch mache. Ebenso selbstverständlich wäre es, wenn die Opposition ebenfalls die ihr zustehenden Rechte bis zum letzten Punkt nützte. Der SPÖ-Klubobmann nickte verständnisvoll. Er vertrat die gleiche Meinung. Die Möglichkeit eines freiwilligen Verzichtes wurde von beiden Herren nicht einmal angedeutet.

*

Was ich mit diesen Beispielen sagen möchte: Demokratie, so wie wir sie wollen, ist primär nicht eine Staatsform, sondern eine bestimmte geistige Einstellung. Fehlt diese, dann nützt auch die Staatsform nichts.

Alle Punkte, über die ich bisher gesprochen habe, sind mehr oder weniger grundsätzlicher Natur. Sie zeigen uns die Kardinalproblematik der Demokratie.

Jedoch: es gibt noch unzählige andere Probleme, über die wir stolpern und die wir nicht bewältigen können, weil sich in jeder Volksherrschaft die Schwächen der Einzelmenschen widerspiegeln. Ich möchte Ihnen ein Musterbeispiel für ein derartiges Problem geben, das — ohne entsprechende Einstellung — unlösbar ist:

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das klassische Land der Freiheit. Das Privateigentum und das Recht, über dieses zu verfügen, wird geschützt. Die Majorität der Amerikaner findet es durchaus berechtigt, daß etwa ein Hotelbesitzer Gäste, die ihm nicht genehm sind, aus dem Lokal weisen kann oder daß ein Grundstückmakler einen Kunden ablehnt. Diese Ansicht der Majorität deckt sich übrigens mit den Gesetzen der meisten Bundesstaaten.

Das Phänomen der majorisierten Majorität

Die Majorität der Bürger der USA ist aber gleichzeitig der Meinung, daß man einen Menschen seiner Rasse oder seines Glaubens wegen nicht diskriminieren dürfe. Nun gab es bekanntlich in den ehemaligen Konföderationsstaaten die Rassentrennung. Neger durften bestimmte Hotels und Restaurants nicht betreten (das gleiche galt vice versa für die Weißen, wenn sie ein Negerhotel oder ein Negerrestaurant besuchen wollten).

Kürzlich wurde in der Verfassung festgelegt, daß kein Mensch seiner Rasse wegen am Betreten eines Hotels oder eines Restaurants behindert werden dürfe. Beide Grundsätze — die freie Verfügung über das Eigentumsrecht und das Verbot der Diskriminierung einer Rasse — sind nicht unter einen Hut zu bringen. Sie widersprechen einander. Es ist unmöglich, einem Gastwirt zuzugestehen, daß er jeden, der ihm nicht paßt, am Betreten seines Lokals hindern darf, und ihm gleichzeitig verbietet, Neger, Juden und Katholiken abzuweisen. Die Problematik liegt nun darin, daß sich beide Anschauungen zwar widersprechen, aber beide von der Majorität des Volkes akzeptiert werden.

An diesem und an anderen Beispielen erkennen wir die fast tragische Problematik der Demokratie, weil sie sich immer wieder Aufgaben gegenüberstellt, die unmöglich zur Zufriedenheit aller gelöst werden können. In der Praxis erleben wir es immer wieder, daß der Wille der Mehrheit durch eine andere Mehrheit bekämpft wird. Eine derartige Situation ist — mathematisch gesehen — nur dann möglich, wenn zahlreiche Staatsbürger verschiedene sich widersprechende Forderungen auf-

stellen. Nur so können wir das Phänomen begreifen, daß eine Majorität majorisiert wird. Nicht viel anders verhält es sich, wenn das Volk — wie etwa in Österreich — auf der einen Seite von der Regierung ungeheure soziale Leistungen verlangt, andererseits aber gegen Geldentwertung und höhere fiskalische Belastungen protestiert.

Das allgemeine Stimmrecht

In meinen bisherigen Ausführungen bin ich auf den häufigsten Vorwurf gegen die Demokratie nicht eingegangen; auf den Vorwurf nämlich, daß jeder — egal ob Professor oder Hilfsarbeiter — die gleiche Stimme besitzt. Ich gebe zu, daß diese Gleichheit nicht der Problematik entbehrt — aber bis heute war noch nicht ein einziger Mensch in der Lage, einen vernünftigen Gegenvorschlag zu bringen, der sich einigermaßen mit dem Begriff „Demokratie“ vereinen läßt. Ich bezweifle, daß Akademiker ihre Stimme vernünftiger gebrauchen als Hilfsarbeiter. Ich bezweifle sogar, daß intelligente Menschen unbedingt intelligenter wählen als andere. Ein ordentlicher Charakter und der vielgepriesene „Hausverstand“ scheinen mir bedeutungsvoller für den demokratischen Geist zu sein als ein hoher Intelligenzquotient. Schließlich sollten wir auch nicht übersehen, daß sehr oft die Bauern — wie etwa in der Schweiz — und nicht die sogenannte gebildete Schicht der Demokratie zum Durchbruch verholfen haben.

Ich verteidige diese Gleichheit keineswegs und kann mich den sich in ihr befindlichen Gefahren nicht verschließen. Aber solange es keinen Maßstab für „Charakter“, „geistige Reife“ und „Vernunft“ gibt, ist es unrealistisch, über eine Änderung zu diskutieren — ganz abgesehen davon, daß es sich heute kein Volk gefallen lassen wird, derartigen Diskriminierungen unterworfen zu werden. Wir müssen also — ob es uns gefällt oder nicht — auch den „ungeeigneten Menschen“ das Stimmrecht zubilligen. Das führt wiederum dazu, daß der Souverän nicht über komplizierte Fragen entscheiden kann — von ganz wenigen

Sonderfällen (wie sie sich etwa in der Schweiz oder in Liechtenstein ergeben) abgesehen. So bleibt es eben in den meisten Staaten lediglich beim Recht, die Abgeordneten zu wählen. Die daraus resultierende Macht der Parteien (und der gar nicht so seltene Mißbrauch dieser Macht) führt dann immer wieder zu dem durchaus verständlichen Ruf nach einem „starken Mann“, der über den Parteien steht. Das Resultat sind dann in der Regel Staatsformen, die eine Mischung von Demokratie und Diktatur darstellen.

Die Herrschaft der Gelehrten

Sie werden bemerkt haben, daß ich mich von der so oft gehörten Meinung, Diktatur stehe grundsätzlich im Widerspruch zur Demokratie, distanziert habe. Nicht nur, daß „Volksherrschaft“ diktatorisch sein kann (und es auch oft genug war und ist); bemerkenswert ist auch, daß selbst die „echten“ Demokratien immer mehr zur Zentralisation neigen, während die totalitären Staaten den Weg der Liberalisierung und Dezentralisation der Macht gehen. Ich könnte mir vorstellen, daß es irgendwo einen Treffpunkt gibt, für den dann der Ausdruck „Demokratatur“ (bisher nur eine Spottbezeichnung für die ehemalige österreichische Koalition) ohne jede Ironie zutreffend wäre.

Letzten Endes stehen alle Staaten der Welt vor gigantischen Problemen, die gelöst werden müssen. Ich nenne Ihnen nur einige: Technik, Trinkwasserversorgung, Medizin, Lebensmittel, Bevölkerungsexplosion, Verpestung der Luft, Erschließung neuer Energiequellen und so fort. Ich fürchte, daß weder die Männer der Demokratien à la Schweiz, England oder USA diese Probleme werden lösen können noch die Herrscher über totalitäre Regime, obwohl letztere bei der Bewältigung im Vorteil sind, falls sie einen genügend großen Horizont besitzen. Die wirklich mächtigen Männer der Zukunft werden somit weder die Repräsentanten einer demokratischen noch die einer totalitären Partei sein, sondern die Wissenschaftler, Gelehrten und Spezialisten. Diese Menschen sind heute schon für die verantwortlichen Staatsführer unentbehrlich, und ich sehe in der Tätigkeit dieser Gehirnrüsts eine nahezu unpolitische Macht, da sie dem demokratisch regierten Land genauso dienen wie dem Diktator.

Auch hier möchte ich den Gehirnrüsts keine Noten erteilen; sie sind an sich weder gut noch schlecht — in der Praxis sind die meist beides zusammen.

*

Somit schließt sich der Kreis meiner Ausführungen, und ich ende dort, wo ich begonnen habe. Wichtiger als die Staatsform ist das, was wir aus ihr machen — und wir können nur das aus ihr machen, wozu wir fähig sind. Die Menschen aller Zeiten haben eine sogenannte „gerechte Welt“ angestrebt. Sie war ein Traum, sie ist ein Traum und sie wird ein Traum bleiben. Eine „gerechte Welt“ kann nur Ziel sein, und ich möchte sagen, es ist gut, wenn wir ein solches Ziel vor Augen haben. Das ist wenig — und doch mehr, als wir vermögen.

Sie werden vergeblich auf eine Lösung der von mir aufgezeigten Probleme warten. Ich kann Ihnen keine vorlegen, weil ich keine weiß. Ich vermute sogar, daß es keine Lösung gibt, die Anspruch auf Allgemeingültigkeit hätte. Es gibt für die Zukunft — gleichgültig in welcher Staatsform wir leben — nur eine echte Hilfe: Wir müssen unsere Bequemlichkeit überwinden, wir müssen bereit sein, selbst zu denken und Vorurteile beiseite zu schieben, damit wir zu einer eigenen Meinung gelangen können. Solange wir nicht gedankenlos die Ansichten des Staates oder seiner Parteien akzeptieren, solange können wir uns ein Mindestmaß an persönlicher Freiheit bewahren.

Die Freiheit ist — wie die Demokratie — nur sekundär eine Frage der Staatsform, sie ist primär eine Frage des Geistes.

IN DER REIHE „GUARDA-INFORMATION“ ERSCHIENEN BISHER:

H. Christof Günzl:

Das neue Weltbild der Physik und der Strukturwandel in der menschlichen Gesellschaft
Vergriffen

Georg J. E. Mautner Markhof:

Bürgertum und Unternehmer in der Defensive

Dem europäischen Bürgertum wird — sollte es seine Politik nicht ändern — die völlige Unterwerfung unter den Sozialismus prophezeit. S 32,—

Arty Wittinghausen:

Proporziade

Vergriffen

Wolfgang Oberleitner:

Politisches Handbuch der Republik Österreich 1945—1960

Eine Zusammenstellung verlässlicher Daten über das politische Leben in Österreich zwischen 1945 und 1960. S 64,—

Zwischen Barrikade und Koalition

Eine objektive Betrachtung der sozialistischen Bewegung in Österreich in den letzten drei Jahrzehnten zur Beurteilung von Situation und Chancen dieses Lagers. S 32,—

Dr. Heinz Fidelsberger:

Gegen den Wohlfahrtsstaat

Restexemplare S 40,—

Der andere zahlt

S 40,—

Zwei vieldiskutierte, mutige, kritische Broschüren, in denen ein Arzt dem Wohlfahrtsstaat eine erschreckende Diagnose stellt. Der Autor ist so populär, daß Kritiken des Wohlfahrtsstaates als „fidelsbergerisch“ bezeichnet werden.

Parteien am Rande

Politische Gruppen außerhalb des Parlaments fungieren praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit; es ist ein unerläßlicher Dienst an der Demokratie, diese Parteien so objektiv wie möglich darzustellen. S 36,—

Erich von Wasserthal:

Nationalökonomie — Mathematik des politischen Lebens

Ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft breiter Bevölkerungskreise. Der Autor, der für eine breitenwirksame Unterweisung der Bevölkerung in den wirtschaftlichen Grundsätzen eintritt, verfaßte diese Broschüre, um einen Beitrag zu dieser wichtigen Volksbildungsarbeit zu leisten. S 32,—

DDD. Oskar Kanzian:

Kritische Gedanken zur Verwirklichung einer wahren Demokratie

Der Jurist, Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler Kanzian entwickelt seine staatsethischen Gedanken am Beispiele Österreichs; er tritt für Individualismus, ein stark aufgelockertes föderalistisches Verwaltungssystem und gesicherte Existenzgrundlagen für jeden einzelnen ein. S 40,—

IN VORBEREITUNG:

Heinz Rudolf Unger:

Prominente Klubs in Österreich

Eine Darstellung der prominentesten internationalen Klubs (Rotary, Lions, Mensa, Freimaurer, Schlaraffen) samt Klubzwecken, Aufnahmebedingungen usw. Die Broschüre wird im Herbst 1967 erscheinen.

GEORG J. E. MAUTNER MARKHOF



wurde 1926 in Wien geboren und verbrachte einen großen Teil seines bisherigen Lebens im Ausland. Er besuchte die Handelshochschule St. Gallen und die Universitäten Zürich und Neuchâtel.

Mautner Markhof ist Unternehmer, Verleger und Publizist. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel in der in- und ausländischen Presse und trat auch vielfach – vor allem in Österreich und in der Schweiz – als Vortragender und Diskussionsredner hervor. 1957 gründete er den Quintus Verlag, 1958 übernahm Mautner Markhof die Herausgabe des „Wirtschafts Horizonts“ und veröffentlichte 1959 das Buch „Bürgertum und Unternehmer in der Defensive“ (erschienen als Guarda-Information Nr. 2).

Er ist Mitglied der Vereinigung Österreichischer Industrieller und des Presseclubs Concordia.

Eines seiner besonderen Anliegen ist der Kontakt der jungen, wirtschaftlich orientierten Generation mit der Öffentlichkeit.

GUARDAVAL

VEREINIGUNG ZUR HERAUSGABE VON ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN
GESELLSCHAFT M. B. H., WIEN

